„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. S. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Strasse, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.50; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht" usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Privatbriefe als Propagandamittel

Schon mehr als einmal konnten wir feststellen, wie die in verschiedenen Teilen Europas betriebene Propaganda gegen eine Auswanderung nach Canada hauptsächlich sich auf einfache Privatbriefe stützt, welche der eine oder andere enttauschte Einwanderer an Angehörige und Freunde in europäischen Ländern geschrieben hat. Nun ist es selbstverständlich, daß es stets und überall Leute gibt, welche sich in die neuen Verhältnisse ihres Einwanderungslandes nicht eingewöhnen können, insbesondere wenn ihnen ihre Phantasie bei der Auswanderung goldene Berge vorgegaukelt hat. Wer nur deswegen aus den engen und ärmlichen Zuständen Europas flieht, um im Auslande ganz mühelos und spielend leicht reich zu werden, wird überall enttäuscht werden. Die Zeiten sind vorbei, in denen man den Dollar auf der Straße fand. Daher ist es als töricht und skrupellos zu bezeichnen, wenn man den Bekannten- und Verwandten in der alten Heimat alles in den rosigsten Farben schildert. **Aber ebenso verkehrt und skrupellos ist es, wenn man seinen persönlichen Verärgerungen in Privatbriefen Ausdruck verleiht oder einzelne üble Erfahrungen zu einer allgemeinen Herabsetzung der Landesverhältnisse benützt.**

Vor uns liegt ein in deutscher Sprache verfaßtes Flugblatt aus Rußland, das uns Herr Anton Gramlich Jr. in Altario, Alta., zugesandt hat. Das Flugblatt wurde im Auftrage der deutschen Sektion beim Donezgubispolkom in Artjomowsk gedruckt und stellt eine ganz ungeheuerliche Hetzschrift gegen Canada dar. Vor allem werden die Mennoniten vor der Auswanderung nach Canada gewarnt, wo der Unterricht in der deutschen Sprache verboten ist, wo die Deutschen gänzlich verenglischen, wo die Lehrer ihre Schnapsräusche in den Schulen ausschlafen, wo die Einwanderer nur auf einige Tage als Taglöhner auf den Farmen Arbeit finden, nachdem sie 100 bis 200 Meilen weit gewandert seien, wo nur geringe Ernten zu machen seien, wo die Farmer der Ausbeutung durch die Eisenbahngesellschaften ausgeliefert werden u. s. w. Was man nur an Schlechtem und Abschreckendem über Canada zusammendichten kann, wird den Rußlanddeutschen als bare Münze vorgesetzt. Und worauf stützen sich die Verleumdungen des canadischen Landes? **Auf Auszüge aus drei Privatbriefen,** von denen einer aus Kalifornien, einer aus Manitoba und einer aus Saskatchewan stammte. **Wir wollen** zum Besten der Briefschreiber annehmen, daß sie selbst nicht vorher wissen und ahnen konnten, zu welcher anticanadischen Hetze ihre harmlosen Briefe verwendet werden würden. Aber angesichts der stark übertriebenen Schlüsse, welche aus den angedeuteten Privatbriefen gezogen wurden, **halten wir es für unsere Pflicht, alle unsere Leser eindringlich davor zu warnen, in Briefen an ihre Lieben im alten Land unsinnige oder falsche Aeußerungen über die hiesige Lage zu machen.** Jeder muß sich über die Folgen, welche solche leichtfertige Briefe haben können, klar sein. Man kann die Wahrheit schreiben und braucht deswegen doch nicht Canada in Grund und Boden hinein zu verdammen. Denn Tatsache ist, daß Tausende und Abertausende von europäischen Einwanderern im Laufe der letzten Jahrzehnte sich durch Fleiß, Sparsamkeit, wirtschaftliche Tüchtigkeit und Glück aus armseligen Verhältnissen zu einer festen Existenz emporgearbeitet haben. Das ist nicht zu leugnen, wenn auch unter Tausenden der eine oder andere, vielleicht durch eigene Schuld, den Boden unter den Füßen verloren hat.

Darum unsere gutgemeinte Mahnung: **Vorsicht in Privatbriefen!** Man sei sich stets seiner Verantwortung gegenüber dem Lande seiner Wahl bewußt und bedenke das Unheil, das mitunter ein einziger unüberlegter Satz anrichten kann!

Unterricht in deutscher Sprache begehrt

Unter obigem Titel bringt die „Rochester Abendpost" den folgenden beachtenswerten Artikel:

Es war vor einigen Wochen für die „Abendpost" eine Ursache besonderer Befriedigung, berichten zu können, daß von allen hiesigen Universitätsklassen die deutschen Unterrichtsklassen den bei weitem größten Besuch aufzuweisen hatten.

Angesichts der Propaganda, die während des Krieges gegen die deutsche Kultur und gegen die deutsche Sprache betrieben wurde, wobei man soweit ging, daß Hinweise auf deutsche Geistesheroen damit abgetan wurden, daß die ganze Welt solche Männer für sich beanspruchen könne, **ist es um so bemerkenswerter, daß sich seit dem Kriege das Verlangen, die deutsche Sprache zu erlernen, nicht mehr hat eindämmen lassen.** Von einem neuen sprechenden Beweis hierfür legt die Meldung aus New York Zeugnis ab, daß dort soeben 87 Lehramts-Kandidaten sich einer Prüfung unterzogen haben, durch die ihre Leistungsfähigkeit für den Unterricht in der deutschen Sprache in den städtischen Hochschulen festgestellt werden sollte.

Daß es ohne eine gründliche Kenntnis der deutschen Sprache einmal nicht denkbar ist, sich eingehende Kenntnis in vielen Studienfächern zu verschaffen, ist eben eine Tatsache, die sich nicht wegleugnen läßt. So erhielt erst kürzlich die Redaktion dieses Blattes einen Beweis hierfür, als sie darum angegangen wurde, Aerzten, die bereits in den Laboratorien des neuen Munizipalhospitals und des neuen großen Hospitals der neuen medizinischen Schule der Rochester Universität sind, bei der Uebersetzung von gewissen deutschen Abhandlungen, deren genaues Verständnis sie für ihre Experimente benötigten, behilflich zu sein.

Ist angesichts dieser Tatsachen nicht eine neue dringende Mahnung an alle deutschen Eltern in unserer Stadt berechtigt, **darauf zu dringen, daß ihre Kinder mit ihnen im Elternhaus nur deutsch sprechen?** Die Landessprache erlernen sie nur zu schnell in der Schule und im Spiel mit anderen Kindern.

Kinder selbst verstehen natürlich nicht, warum sie angehalten werden, deutsch zu sprechen, sie mögen auch Kritiken von anderen Kindern ausgesetzt sein und sich deshalb schämen, die deutsche Sprache zu gebrauchen, **um so wichtiger aber ist es daher, daß in dieser Angelegenheit ihre Eltern für sie denken und handeln.** Denn diese sollten sich klar darüber sein, daß die Kenntnis einer zweiten und dritten lebenden Sprache **von unschätzbarem Wert für die Zukunft eines Kindes ist, und daß viele heute es bedauern, daß sie im Elternhaus die deutsche Sprache nicht in der Weise erlernt haben, wie sie sie hätten erlernen können.**

In Deutschland wurden von jeher in wohlhabenden Häusern für die Kinder Engländerinnen und Französinnen als Gouvernanten engagiert, um ihnen in den Jahren, wo dies sozusagen spielend geschehen kann, die Kenntnis fremder Sprachen zu vermitteln.

Daran sollten unsere hiesigen Deutschen und Deutsch-Amerikaner denken, ehe sie sich darauf einlassen, wenn ihre Kinder plötzlich Fragen an sie stellen oder ihre in deutscher Sprache gestellten Fragen in englischer Sprache beantworten, dies als etwas Selbstverständliches hinzunehmen.

Es gibt Eltern, die ihren Kindern einfach keine Antwort erteilen, wenn diese sie nicht in deutscher Sprache anreden, und das ist ein gutes Beispiel. Wie sich Kinder auch jetzt dagegen wehren mögen, deutsch zu sprechen, später einmal werden sie ihren Eltern Dank wissen, sie angehalten zu haben, die deutsche Sprache zu gebrauchen.

Unter dem Drucke der britischen Besatzung

Die englische Besatzungsbehörde in Wiesbaden gibt amtlich folgendes bekannt:

„Die gesamten englischen Besatzungstruppen im besetzten Gebiet zählen 9000 Mann, die nach der vollständigen Räumung der Kölner Zone in und bei Wiesbaden auf verhältnismäßig kleinen Räumen untergebracht werden sollen. Entgegen den früher hierannwesenden Franzosen zählen die englischen Truppen bedeutend mehr Verheiratete und Familien, die alle untergebracht werden müssen. Dazu sind mehr Wohnungen erforderlich, als die Franzosen benötigten. Deshalb ließen sich in Königstein, Langenschwalbach, Wiesbaden und an anderen Orten Harten nicht vermeiden. Es mußten bereits öffentliche Gebäude, die früher besatzungsfrei waren, requiriert werden. Milderungen können vorerst nicht eintreten. Alle Gesuche der Stadtverwaltungen und persönliche Vorstellungen in Koblenz haben keinerlei Erfolg. Dagegen will die englische Besatzungsbehörde versuchen, im Frühjahr gegebenenfalls die Gesamtzahl der Truppen zu vermindern, und zwar in erster Linie in den Kurorten."

Die englischen Besatzungsbehörden haben häusliche freie Wohnungen in Bingen beschlagnahmt und fordern von der Stadtverwaltung noch Wohnungen für sieben Offiziers- und 23 Unteroffiziersfamilien.

Das britische Hauptquartier hat seinen Dienst in Wiesbaden am 20. Januar aufgenommen. Die Räumung der Kölner Zone ist noch nicht beendet. Man rechnet in Köln damit, daß die Befreiungsfeier, die in Gegenwart des Reichspräsidenten in der ersten Februarhälfte vor sich gehen sollte, vielleicht erst gegen Ende Februar wird stattfinden können.

Weltumschau

Deutschland.

Reichskanzler Luther entwickelte vor dem Reichstag das Regierungsprogramm des neuen Kabinetts in einer kurzen Rede, die weniger als 25 Minuten in Anspruch nahm. Der Reichstag bereitete dem Kabinett einen sehr kühlen Empfang und der Beifall, der dem Reichskanzler am Schlusse seiner Ausführungen geschenkt wurde, war sehr spärlich. Der Reichskanzler erklärte, daß die Hauptfrage für Deutschlands Außenpolitik zur Zeit die künftige Stärke der Besatzungstruppen in der zweiten und dritten Rheinlandzone betreffe und daß die Reichsregierung wegen dieser Angelegenheit mit den alliierten Mächten in Unterhandlung stehe. Die zukünftigen Richtlinien der Außenpolitik Deutschlands, sagte der Reichskanzler, werden sich nach den Abmachungen in den in Locarno abgeschlossenen Verträgen richten müssen. Das wichtigste Problem, das der Reichstag zu sanktionieren haben werde, sei die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund. Er ersuchte, daß diese und die damit in Verbindung stehenden Fragen Gegenstand eingehender Untersuchungen sein mögen. Gegen den von den Sozialdemokraten und Kommunisten gemachten Antrag, über die vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen mit den früheren regierenden Fürstenhäusern durch eine Urabstimmung entscheiden zu lassen, nahm der Reichskanzler entschieden Stellung. Er bezeichnete diesen Plan als eine nationale Gefahr, da durch den Versuch, diese Angelegenheit in der vorgeschlagenen Weise zu erledigen, Zwietracht in die Reihen des deutschen Volkes getragen würde. Er erklärte, daß die Reichsregierung eine rasche Gesetzgebung des Reichstages über die Abfindungsansprüche der Hohenzollern und anderer früherer Fürstlichkeiten annehme. Darauf bezugnehmend, daß sein Kabinett nur etwa über ein Drittel der Stimmen im Reichstag verfügt, sagte der Reichskanzler, das Kabinett werde gezwungen sein, die Mitwirkung von Parteien außerhalb der gegenwärtigen Koalition zu suchen, um imstande zu sein, das Programm der dringenden finanziellen Reform und Maßnahmen zur Erleichterung der durch die herrschende wirtschaftliche und soziale Krisis geschaffenen Lage durchzuführen. Selten wurde ein neues Kabinett im Reichstag mit größerer Gleichgültigkeit aufgenommen, als das jetzige. Diese Gleichgültigkeit erstreckte sich sogar auf jene Parteien, die im Kabinett vertreten sind. Als Dr. Luther mit seinem zweiten Kabinett den Sitzungssaal betrat, riefen die Kommunisten, unter Anspielung auf Bismarcks Beinamen als eiserner Kanzler: „Hier kommt der Kanzler mit der eisernen Stirne." Als der Kanzler auf die prekäre Wirtschaftslage Deutschlands hinwies, schrien die Deutschnationalen: „seit dem Londoner Abkommen!" Durch Beifallsäußerungen wurde seine Rede an keiner Stelle unterbrochen. Die Kommunisten drückten ihren Unwillen aus, als der Reichskanzler sich gegen die vorgeschlagene Urabstimmung über die Abfindungsfrage aussprach und als er soziale Maßnahmen versprach, erinnerten ihn die Kommunisten daran, daß ungefähr 1,800,000 Arbeitslose unterstützt werden müssen.

Der frühere deutsche Botschafter für die Ver. Staaten, Dr. Johann Graf von Bernstorff, wurde als Delegat des Deutschen Reiches zur Genfer Konferenz zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz ernannt. Ihm wird ein juristischer und ein militärischer Beirat zur Seite stehen.

Die Deutschnationale Volkspartei hat dem neuen Luther-Kabinett der Mitte bereits Fehde angesagt. Sie trägt den Kampf auf das Gebiet des Auslandpolitik. Die Ansage der Fehde ist in der Form einer Entschließung erfolgt, die die Verschiebung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund fordert. Diese Forderung wird dem Reichstag unterbreitet werden, und es steht eine Aufrollung der gesamten deutschen Außenpolitik mit Dawesplan und Locarno-Verträgen bevor. In der betreffenden Entschließung wird auf den schreienden Gegensatz zwischen den Zusicherungen in Locarno und dem nunmehrigen Verhalten der Alliierten in der Räumungsfrage hingewiesen. Die erste Forderung bezieht sich auf die vielgenannten und heißumstrittenen Artikel 16 und 17 des Völkerbundpakts, unter deren Geltung Deutschland als Bundesmitglied gezwungen werden könnte, an einer militärischen Strafaktion gegen ein anderes Land teilzunehmen, sowie sein Gebiet dem Durchmarsch fremder Truppen zu öffnen. Die genannte Entschließung erklärt, daß von der Zusicherung in Locarno, betreffs dieser Artikel die militärische und wirtschaftlich eigenartige Lage inbetracht zu ziehen, nichts mehr verlaute.

Die einzelnen Punkte der Entschließung besagen:

1. Keine bindende Verpflichtung betreffs der Artikel 16 und 17 des Völkerbundpakts.
2. Kein Verzicht auf deutsche Gebiets- und deutsche Volksteile.
3. Aufhebung der Beschränkung deutschen Luftschiffbaus.
4. Gleiche Behandlung in Fragen der Abrüstung.
5. Beseitigung der Behauptung von der deutschen Alleinschuld am Weltkriege.
6. Vollständige Räumung der Kölner Zone und anderen deutschen Gebiets.

Die „Zeitung am Mittag" berichtet, daß Deutschland im Außenhandel des vorigen Monats zum ersten Male seit dem Ausbruch des Weltkrieges eine Bilanz zu seinen Gunsten aufzuweisen habe, da dem Wert der Ausfuhr von 798,300,000 Mark ein Einfuhrwert von 746,600,000 Mark gegenübersteht. Die Zeitung bemerkt jedoch, daß diese günstige Wendung des deutschen Außenhandels mehr auf eine Einschränkung der Einfuhr als auf eine Steigerung der Ausfuhr zurückzuführen sei. Eine Ausnahme bilde nur die Ausfuhr von Weizen, die im Vergleich zum November um 5,500,000 Mark und die Roggenausfuhr, die um 4,000,000 Mark höher ist.

Oesterreich

In der Debatte über das Heereswesen machte der Abgeordnete Seliman, der bis vor kurzem aktiver Oberst und Kommandant der Wehrmacht in Kärnten war, im Nationalrat die Aufsehen erregende Mitteilung, daß die Italiener öfters abteilungsweise und mit Musik die österreichische Grenze überschreiten und daß italienische Patrouillen sich ungeniert auf österreichischem Gebiet bewegen. Auch wies er darauf hin, daß tschechoslowakische Offiziere das Land Niederösterreich überfliegen und daß in den letzten Tagen südslawische Flieger auffallend niedrig über Kärnten und Steiermark flogen. Der Abgeordnete sagte, diese ungeahnt bleibende Verletzung der österreichischen Staatshoheit zeige, daß Oesterreich nicht in der Lage sei, seine Grenzen hinreichend zu bewachen.

Jugoslavien.

Zahlreiche weitere Kommunisten wurden verhaftet und hierbei Beweise für ein Komplott in der Armee erlangt. Es heißt, daß die meisten Führer der kommunistischen Bewegung der Jahre 1919 und 1921 auch in diese Verschwörung verwickelt sind, die nach Ermittlung der Einzelheiten recht ernster Natur zu sein scheint.

Rumänien.

Vor kurzem verbreitete Berichte, nach denen das rumänische Ministerium des Innern die Polizei instruiert haben sollte, 20,000 Deutsche und Oesterreicher bis zum 25. Januar aus dem Lande zu weisen, haben sich als irrtümlich erwiesen. Das Ministerium des Innern kündigt an, daß alle abgelaufenen Erlaubnisscheine von Ausländern zum Aufenthalt im Lande bis zum 1. Juni verlängert worden sind, an welchem Tage eine neue Revision stattfinden soll. Auf jeden Fall aber seien die Zahlen gewaltig übertrieben, erklärt das Ministerium.

Rußland.

Die Zeitung „Prawda" fügt der Proklamation der roten Internationale, daß der bisher noch gültig gewesene offizielle Parteiname „Russische Kommunistische Partei" in „Kommunistische Partei des Rätebundes" abgeändert wurde, folgende Erklärung bei:

„Das Leben selbst hat die Frage der Umbenennung aufgeworfen. Auf dem Gebiet, wo einst das Kaiserreich Rußland bestand, haben wir jetzt den Proletarierstaat, der tatsächlich nichts als ein Bund sozialistischer Republiken ist. In diesem Bunde leben viele Dutzende Nationalitäten. Der Rätebund ist das einzige Land auf der Welt, wo die Lösung der Nationalitätenfrage auf feste Füße gestellt ist, wo das nationale Problem, diese Frage jahrhundertelanger Kämpfe, von den Arbeitern selbst gelöst wird, wo mit schwindelnder Schnelligkeit die Reste nationaler Feindschaften und Chauvinismen ausgeschaltet werden. Nicht mit Blut und Eisen, wie bei jenen draußen, sondern durch friedliche Organisation aller kulturell noch so verschiedenen Völker wird das Problem im Rätebund gelöst. Die kommunistische Partei ist die Partei, die den ganzen Bund beherrscht. Ihre führende Rolle umfaßt alle Volksgebiete. Es muß daher jedem verständlich sein, daß die Bezeichnung „russisch" für sie ein Widerspruch in sich ist. Die Lehre des Kommunismus, der Aufbau des Sozialismus, sollen nicht nur Russen und russische Gebiete umfassen. Allerdings haben die Zentren der russischen Arbeiter infolge einer Reihe geschichtlicher Voraussetzungen die führende Rolle in der Revolution gespielt und spielen bei dem Aufbau des Sozialismus weiter eine führende Rolle. Aber der russische Arbeiter steht jedem Nationalismus und Provinzialismus im russischen Sinne fremd gegenüber. Im Gegenteil sucht er nach Kräften die Arbeiter aller anderen Nationalitäten zur Mitarbeit an dem Werk des Sozialismus heranzuziehen. Unsere Partei ist eine internationale der Bolschewisten aller Nationalitäten innerhalb des Bundes. Das Kennzeichnende dieser Internationale ist, daß sie auf der Grundlage strengster Zentralisation arbeitet. Deshalb wirkt die Umbenennung der Partei nicht im geringsten auf ihre Struktur zurück."

Die Zeitungen der Sowjets verkünden den Abschluß eines Kontraktes zwischen der Sowjet-Regierung und der Ford Company für 12,000 Traktoren auf mehrmonatigen Kredit. Die Zeitungen drücken ihre Freude über die Neuigkeit aus und behaupten, der Kontrakt sei eine große Errungenschaft der Sowjetunion in den Ver. Staaten. Sie drücken auch ihre Genugtuung darüber aus, daß die Ford-Gesellschaft keine Garantie betreffs der offiziellen russischen Institutionen verlangt habe, sondern mit einem einfachen Vertrag zufrieden war. Verkehr mit der „Autorg" Handelskörperation abgeschlossen.

Sergius Sinjagin, ein professioneller Spion, dem seitens des Staates der Tod oder der Verrat von 135 Revolutionären zur Last gelegt wurde, ist in Irkutsk zum Tode verurteilt worden. Der Gefangene, der in der geheimen Polizei des Zaren lange Jahre diente, wurde für den Verrat des Kongresses der Sozialrevolutionären für Verrat gewisser Moskauer revolutionärer Organisationen, des revolutionären Roten Kreuzes und seines eigenen Anwaltes.

Frankreich.

Der britische Außensekretär Sir Austen Chamberlain verdankt der Heimreise aus dem italienischen Kurort, in dem er mehrere Wochen zugebracht hat, in Paris abzusteigen und eine wichtige Konferenz mit Premier Briand abzuhalten. Die Besprechung der beiden Staatsmänner wird folgende Gegenstände umfassen: Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die dadurch notwendige Aenderung im Personal des Generalsekretariats der Liga; Vorbereitungen für die vorgeschlagene internationale Rüstungseinschränkungskonferenz; Deutschlands Forderung, daß die Besatzungstruppen im Rheinland verringert werden; Erörterung der durch den Banknotenfälschungsschwindel in Ungarn entstandenen Lage.

Belgien.

Belgien nahm Abschied von Kardinal Mercier. Mit dem König, welcher dem Sarg zu Fuß folgte, als ersteren Leidtragenden, ging der Trauerzug unter Glockengeläute und Kanonendonner durch die Straßen. Unterwegs huldigten Hunderttausende dem Kirchenfürsten.

Holland

Es wird gemeldet, daß infolge von Vorstellungen der alliierten Mächte bei der holländischen Regierung dem früheren deutschen Kronprinzen Besen beabsichtigter Besuch bei seinem Vater wahrscheinlich nicht gestattet werden wird.

Am 1. Februar d. J. wird der Paß-Zwangszwang zwischen Deutschland und Holland aufgehoben. Man hofft, daß Verhandlungen mit anderen Ländern, insbesondere der Schweiz, über Paßerleichterungen noch vor Beginn der Sommerreisezeit dieses Jahres zu einem günstigen Ergebnis führen werden.

Türkei.

Vierhundert deutsche Ingenieure und Arbeiter, die von der Türkei für Erbauung einer Dock-Anlage verpflichtet worden sind, welche die größte ihrer Art am Mittelmeer werden soll, sind in Konstantinopel eingetroffen. Unter den Marinebeobachtern wird diese Entwicklung mit großem Interesse verfolgt, wobei man sich daran erinnert, daß vor dem Weltkriege und im Weltkriege selber die türkische Marine in großem Maße unter deutschem Einfluß stand. Das Dock gelangt an der türkischen Flottenbasis zu Izmid, 56 Meilen südöstlich von Konstantinopel zur Anlegung. Es soll Schiffe von 25,000 Tonnen aufnehmen können und die Kosten des Baus dürften sich auf 81,250,000 stellen. Nach Fertigstellung soll der in der Kriegszeit viel gerühmte deutsche Kreuzer „Goeben" in das Dock gebracht werden. Die nämlichen deutschen Schiffsbauingenieure, welche den Bau des Kreuzers geleitet haben, werden den Kreuzer im Trockendock einer gründlichen Prüfung unterziehen, um zu ermitteln, ob er sich so umbauen läßt, daß er eine Fahrschnelligkeit von 23 Knoten erzielen kann.

(Der deutsche Kreuzer „Goeben", jetzt den Namen „Yawuz Sultan Selim" führend, war unmittelbar vor Kriegsausbruch an die Türkei verkauft worden. Trotz scharfer Verfolgung war es ihm gelungen, in die Dardanellen einzufahren.)

In Izmid werden auch Tauchbootfänger gebaut. Deutsche Handelsschiffe sind jetzt dort beim Ausladen.

China.

Die russische Sowjetregierung hat durch ihren Vertreter in Peking, M. Karakhan, der chinesischen Regierung einen scharfen Protest gegen das Vorgehen chinesischer Truppen in der Mandschurei übermittelt und drohte eventuell mit Repressalien. Die Russen, die im Besitz der Ostchinesischen Eisenbahn sind, hatten sich geweigert, chinesische Truppen unentgeltlich zu befördern, worauf letztere gewalttätig wurden und die Russen verjagten. Die Unruhen trugen sich auf der Strecke zwischen Harbin und Chang Chun zu. Rußland erklärt in der Note an die chinesische Regierung, daß es gegebenenfalls auch mit Gewalt seine vertragsmäßigen Rechte verteidigen würde. China wird für den Verlust von Menschenleben und Material verantwortlich gehalten. Andere Mächte schlossen sich dem russischen Protest an.

Chang Tso Lin, der mandschurische Militärdiktator, hat daraufhin die Freilassung Iwanows, des Betriebsleiters der chinesischen Ostbahn, und der anderen Russen, die letzte Woche in Harbin verhaftet wurden, angeordnet.

Vom Völkerbund.

Die deutsche Reichsregierung hat das Generalsekretariat des Völkerbundes offiziell verständigt, daß Deutschland an den Vorbereitungsarbeiten der Abrüstungskonferenz der Liga teilnehmen werde. Lediglich der Liga erklärten nach dem Eintreffen der offiziellen deutschen Note, daß die Möglichkeit eines Zusammentritts der Vorbereitungskommission jetzt eine geringere sei als vorher. Amerikanische Beamte des Sekretariats wünschen eine rasche Festsetzung des Datums der Eröffnungssitzung der Kommission, um den technischen Beraten der amerikanischen Delegation zu ermöglichen, vom Beginn der Unterhandlungen gegenwärtig zu sein.

Kritik der britischen Flotte

Deutscher Admiral von Tirpitz eröffnet Debatte in einer Londoner Zeitung.

Englischer Vizeadmiral Sir Cecil Lambert gibt große Mängel zu.

Die Londoner „Daily Express" veröffentlichte einen langen Artikel des Großadmirals von Tirpitz über die britische Seekriegsflotte, der von der Presse lebhaft kommentiert wird.

Der Admiral wenn eingangs darauf hin, daß die gegenwärtigen Leiden der Sieger und Besiegten lediglich darauf zurückzuführen seien, daß die Staatsmänner der Alliierten nicht erkannten, wie ein Hinausschieben des Krieges eine solche Lage unausweichlich herbeiführen müßte, und daß sie nicht einsahen, daß es im beiderseitigem Interesse wird im Interesse der Weltstellung Europas liege, so schnell wie möglich einen Versöhnungsfrieden herbeizuführen.

Von Tirpitz schreibt: „Es kann niemals zu Zweifel darüber bestehen, daß man auf deutscher Seite stets für einen Versöhnungsfrieden zu haben war. Deutschlands Hoffnung auf einen schnellen Sieg war nach der Schlacht an der Marne geschwunden, aber die Entente hätte auch erkennen müssen, daß ein schneller Sieg ihrerseits unmöglich war, nachdem Rußland versagt hatte.

„Die britische Kriegführung hätte zur Einsicht kommen müssen, daß es besser gewesen wäre, eine Entscheidung zur See zu suchen, als sich auf den langen Krieg des Aushungerns einzulassen. Die Erwartung, die deutsche Kriegsflotte vollkommen zu besiegen und außer Gefecht zu setzen, war zu Beginn des Krieges nicht ganz unberechtigt gewesen. Jedenfalls hatten Versuche gemacht werden sollen, um so mehr, als ein endgültiger Erfolg der Politik des Aushungerns nicht absolut sicher war, denn es konnten während des langen Krieges immer unerwartete Ereignisse eintreten, die die Pläne vernichteten. Es war daher alle Ursache vorhanden, die Ueberlegenheit der britischen Flotte zu Anfang auszunutzen, und der Grund, warum man dies nicht tat, war schwer zu erklären."

Von Tirpitz meint, daß z. B. ein Angriff auf Borkum die deutsche Flotte unbedingt zu einer Aktion hätte zwingen müssen, wobei angesichts von der Uebermacht der britischen Flotte die Vorteile auf seiten der Angreifer waren, was in dem Artikel näher ausgeführt wird. Andererseits hatte Deutschland ein großes Interesse daran, daß eine Entscheidungsschlacht zur See zu Anfang des Krieges stattfinden sollte. Man wußte, daß die britische Flotte von Monat zu Monat in stärkerem Maße zunehme.

Der Großadmiral sagt, daß die deutsche Kriegsflotte, wenn auch numerisch schwächer als die britische, im ganzen vielleicht besser war. Die deutschen Schiffe seien besser und die deutschen Mannschaften besser ausgebildet gewesen als die britischen. Dies drücke aber, wie Tirpitz erklärt, seine große Bewunderung für die britischen Marineoffiziere in keiner Weise herab.

Der Artikel führt weiter aus, daß in den Schlachten bei Coronel und den Falklandinseln die Ueberlegenheit der deutschen Schiffe deutlich hervortrat, und daß diese beiden Schlachten für die britische Admiralität eine Warnung bedeuteten. Während der Jütlandschlacht trat die deutsche Ueberlegenheit so sehr in den Vordergrund, daß die britische Admiralität sich gezwungen sah, einige Aenderungen an den Schiffen vorzunehmen, um solche Verluste zu vermeiden, wie die der „Queen Mary".

In dem Artikel wird erklärt, die Erklärung dafür, daß die deutsche Flotte gehindert wurde, die Entscheidung zur See gleich am Anfang des Krieges zu suchen, sei nicht in militärischen Erwägungen zu suchen, sondern darin, daß „erste Staatsmänner Deutschlands die Hoffnung auf eine schnelle Aussöhnung mit England nicht aufgeben wollten, die sie für unmöglich hielten, wenn die britische Flotte von der deutschen geschlagen worden wäre. 1916 wurde diese Auffassung überwunden, und von da ab suchte die deutsche Flotte den Kampf, den die britische vermied. Die Schlacht von Jütland war auf beiden Seiten nicht gesucht worden, sondern wurde durch Zufall herbeigeführt. Tirpitz geht dann auf die Schlacht von Jütland ein und kommt nach einer längeren Erörterung zu dem Schluß, daß das Zögern britischerseits, die Schlacht bis zum Ende durchzukämpfen; darauf zurückzuführen sei, daß Lord Beatty als Führer des Kreuzergeschwaders nicht nur die Verbindung mit der deutschen, sondern auch mit der britischen Schlachtflotte verloren hatte. Es sei fraglich, ob Jellicoe nicht angegriffen hätte, wenn er Beatty zur Verfügung gehabt hätte; denn man hatte sich englischerseits nicht im Zweifel befinden können, wo während der Nacht die deutsche Flotte war, weil fortgesetzt Explosionen und Feuer auf derselben stattgefunden hatten. So wurde die Schlacht britischerseits nicht zu Ende geführt und endete mit dem deutschen Erfolge.

Am Schluß sagt Tirpitz, daß bei der gewaltigen numerischen Ueberlegenheit der britischen Flotte und in dem Vertrauen jeden Engländers auf die Ueberlegenheit des Materials und des Personals der britischen Flotte die zögernde Strategie Englands immer zu erklären sei.

* * *

Noch größeres Aufsehen als der von dem „Daily Express" veröffentlichte Artikel des Großadmirals von Tirpitz dürfte eine Erklärung verursachen, die dieselbe Zeitung aus der Feder des Vizeadmirals Sir Cecil Lambert bringt, der während des Krieges der vierthöchste Offizier der britischen Admiralität war.

Sir Cecil erklärt daß die von dem deutschen Großadmiral gemachten Bemerkungen über die britische Flotte in der Hauptsache richtig seien. Seine Behauptung, daß die britischen Schlachtkreuzer in die Luft flogen, weil sie nicht genügend Panzerschutz hatten, daß der Bau falsch war und daß die Art und Weise, wie die Geschütze montiert waren, die Benutzung derselben auf die von den Deutschen gewählte Entfernung unmöglich machte, daß ferner die Torpedos keinen großen Schaden anrichteten und daß die britischen Instrumente den deutschen weit unterlegen waren — alles das sei durchaus richtig. Daß England an jenen Tagen keinen großen Erfolg hatte, ist darauf zurückzuführen daß die deutsche Flotte Schiff für Schiff, Geschütz für Geschütz, Maschine für Maschine berechnet, der britischen überlegen war, und das deutsche Artillerie- und Torpedofeuer besser war.

Der Vizeadmiral verlangt die Untersuchung der gegenwärtigen Verhältnisse in der britischen Flotte, aber nicht eine Untersuchung durch ein Regierungsdepartement, sondern eine wirklich unabhängige sachverständige Untersuchung. Er weist darauf hin, daß seit dem Kriege 500 Millionen Pfund für die Flotte ausgegeben wurden und sagt, daß bisher kein Beweis geliefert wurde, daß dadurch die Flotte besser geworden sei. In einer Zeitung sei neulich behauptet worden, daß die britische Admiralität nicht in der Lage sei, mehr als fünf wirklich brauchbare Kreuzer hinauszuschicken.